

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Bestellung des Monats für Groß-Berlin 1.50 M. bei 30 Tagen Zahlung. Für Bestellung mehrerer Exemplare Bestellungen entgegen Unter Vorbehalt bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 15.50 M. zuzüglich Postzuschlag, per Post für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 LII. Fernsprecher: Amt Norden 833-28, 2395 und 2396.

Inhalts-Verzeichnis: Die achtjährige Kampfbewegung oder deren Raum 1.20 M. zuzügl. 20% Leertextzuschlag, Familien- und Organisationsanzeigen die achtjährige Kampfbewegung 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das feinstdruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. zuzügl. 20% Leertextzuschlag. Stellenausschreibungen, Familien- u. Organisations-Anzeigen kosten das feinstdruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-28, 2395-96, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Alliierten und Deutschland.

### Die San-Remoer Konferenz.

H. N. Paris, 20. April.

Wie „Journal“ aus San Remo meldet, sollen die Teilnehmer an der Konferenz sich im Prinzip über die Notwendigkeit geeinigt haben, Deutschland zur Ausführung der Friedensbedingungen zu zwingen. Nur besteht noch eine Meinungsverschiedenheit über die hierbei anzuwendenden Mittel.

Lloyd George ist dafür, wenn möglich, die Blockade wieder einzuführen, während Frankreich sich mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dagegen erklärt. Von anderer Seite wiederum verlautet, daß die Geschäftsträger der Entente in Berlin bereits im Besitz ihrer Regierungsaufträge seien, und daß man sich über die Mittel Deutschland gegebenenfalls zur Durchführung der Bedingungen zu zwingen, ebenfalls geeinigt habe.

### Die militärische Abrüstung.

H. N. London, 21. April.

„Westminster Gazette“ meldet aus San Remo: Die neue Frage, nämlich die Haltung der Entente zu Deutschland, übertrug sich selbstredend alle anderen. Es scheint, daß Frankreich und England sich geeinigt haben.

Millerand hofft nach seiner Rückkehr aus San Remo eine Beschränkung der Militärdienstzeit auf 18 Monate vornehmen zu können. Dadurch wird das französische Heer auf 300 000 Mann zurückgebracht. Die übrigen 300 000, die gegebenenfalls unter die Fahne berufen werden, sollen dann aus Schwarzen bestehen. Der Bericht geht dann weiter: Auch in Deutschland muß es zu einer wirklichen Abrüstung kommen. Die bolschewistische Gefahr ist sehr übertrieben worden.

Was die türkische Frage betrifft, so werden keinerlei Vorschläge gemacht werden, die Grund zu Meinungsverschiedenheiten geben könnten. Die Türkei wird auf ein sehr kleines Gebiet beschränkt werden, da Syrien, Palästina, Arabien, Armenien, Mesopotamien, Thrakien und Smyrna vom Reiche getrennt werden. Hinter Adana wird eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone vorgesehn. Der Sultan bleibt in Konstantinopel, aber die Stadt und die Meerenge werden internationalisiert und das ganze übrige Reich unter alliierter Kontrolle gestellt.

### Aufhebung der russischen Revolutionsgerichtshöfe

Stockholm, 20. April.

Nach einer finnischen Meldung werden durch Dekret des Zentralerekutivkomitees der russischen Sowjets die außerordentlichen Revolutionsgerichtshöfe aufgehoben.

### Die finnisch-russischen Waffenstillstandsbedingungen.

H. N. Stockholm, 20. April.

Die zwischen Finnland und der Moskauer Regierung vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen enthalten folgende Punkte: 1. Eine neutrale Zone entlang der Eisenbahnlinie Ruuska-Nylandsvaara-Kandalak. Das Gebiet vom Onega-See bis zur Kewas muß von den Roten Truppen geräumt werden. 2. Es darf kein Kriegsschiff aus Helsinki heraustragen. 3. Die Waffenruhe gilt drei Wochen, kann aber automatisch verlängert werden. 4. Ein gemischter Ausschuss beider Länder überwacht die Ausführung. Die Verhandlungen finden in deutscher Sprache statt.

### Die britische Arbeitermission für Rußland.

London, 20. April.

Die Mission, welche die britische Arbeiterbewegung nach Rußland entsendet, wird voraussichtlich aus Henderson, Ramsay MacDonald, Snowden für die Arbeiter, Pante und Stuart Banning, Lhorwe, Skinner und Bondfield für die Trade Unions bestehen. Die Abreise ist für den 24. April festgesetzt worden.

### Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 19. April.

Bis zum Abend waren in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 158 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbesetzt. Es ergab sich von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, Sozialdemokraten 23, deutsch-demokratische Freiwirtschaftler 9 und die deutsche Wahlgenossenschaft 4, insgesamt

43 Stimmen. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, Nationalsozialdemokraten 17, Sozialdemokraten 44, Agrarier 21, Gewerbetreibende 1, Volkspartei 14 und Proletar-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

### Oberschlesische Streikfragen.

Reuthe, 19. April.

In einer Besprechung zwischen General Le Rond und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien nunmehr von der Entente-Kommission beschlossen worden sei, während die Wahlen zum Reichstage vom Hohen Rat in Paris abgelehnt wären. Über die weitere parlamentarische Tätigkeit der augenblicklichen Parlamentarier äußerte sich der General dahin, daß diese Frage von der deutschen Regierung beim Hohen Rat in Paris zu regeln wäre. Es wurde darauf hingewiesen, daß dann das ober-schlesische Volk ohne parlamentarische Vertretung sein würde. Der General versprach, sich von den Parteivorständen weiter beraten zu lassen. Zum Schluß wurde die Beamtenfrage besprochen. Der General verteidigt den Standpunkt, daß die Beamten den Beschlüssen der Kommission zu folgen hätten, und mißbilligte den Zustimmungsstreik.

### Die Forderungen der Beamten und Arbeiter.

Oppeln, 19. April.

Die Beamten und Arbeiter stellen die neue Forderung auf, daß von der Einführung des Pauszwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um einer Abschnürung vom Deutschen Reich vorzubeugen.

In den gestrigen ober-schlesischen Protestversammlungen der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Beamten forderten die Redner Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und der Wahl des Präsidenten sowie die Einführung des Betriebsrätegesetzes.

### Unabhängiger Wahlzweig in Ludwigshafen.

L. u. Ludwigshafen, 20. April.

Von 40 neu zu wählenden Stadträtern fielen bei der vorgestrigen Wahl auf die Demokratische Partei 4, die Unabhängigen 12, (bisher im Stadtrat nicht vertreten), die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 7 und die Sozialdemokratische Partei 12.

In der Kreiswahlversammlung wurden 8 Reichstagssozialisten, 8 Reichstagskandidaten, 5 Unabhängige, 4 Demokraten und 4 Deutsche Volksparteiler gewählt. In Pommern haben die Unabhängigen starke Wahlerfolge errungen.

### Betriebsratwahlen im Ruhrgebiet.

Einer Drahtmeldung der „Westfälischen Zig.“ zufolge, sind im Gelsenkirchener Bezirk die Betriebsratwahlen auf allen Hoehfen durchgeführt. Ihr Ergebnis zeigt ein starkes Anwachsen der äußersten Linken. Daraus ergab sich die linksradikalen Unionisten die Mehrheit der Stimmen und Sitze, auf Kosten des alten Bergarbeiterverbandes, der seine überragende Stellung immer mehr einbüßt. Die christlichen Gewerkschaften haben ihr bisheriges Kräfteverhältnis ungeändert bewahrt. Im Gelsenkirchener Bezirk erhielten die „Union“ 60, der Christliche Gewerkschaftsbund 22 und der alte Verband 72 Sitze.

Der Ausfall der Betriebsratwahlen im Gelsenkirchener Bezirk ist ein Symptom der letzten Kämpfe im Ruhrgebiet. Der alte Bergarbeiterverband ist sicher durch seine unentschiedene Haltung in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke, durch seine uneingeschränkte Unterstützung der Politik Eben-Bauer-Koske viel mitschuldig an dem Mißtrauen, das welche Bergarbeiterkreise, und nicht die schlechtesten, in die Kräfte der Arbeiter-Union gedrängt hat. Aber in den hinter uns liegenden Kämpfen der März- und Apriltage erlangte dem Bergarbeiterverband die unüberwindliche Aufgabe, die Arbeiterkraft im weiteren Vordringen aufzuhalten, um größere Mißverständnisse, denen kein entsprechender Widerstand gegenüber gestanden hätte, abzuwehren.

Mögen immerhin Gründe zur Kritik gegen den alten Bergarbeiterverband vorliegen, so darf das kein Anlaß sein, ihn den Rücken zu kehren. Es ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, die Einheit der Organisationen zu wahren und innerhalb der Verbände auf deren Stabilisierung hinzuwirken. Der Politik der Arbeiter-Union stehen wir grundsätzlich ablehnend gegenüber, da sie von anarcho-sozialen und sozialistischen Tendenzen geleitet wird. Revolutionäre Disziplin ist auch hier höchstes Gebot für jeden einzelnen.

## Koalition oder sozialistische Regierung?

R. B. Daß Kapp und Lüttich nur möglich waren, weil Koske und der Koskeische Geist die Regierung Bauer beherrschte; magt nachgerade kein Angehöriger der rechtssozialistischen Partei mehr öffentlich in Worte zu fassen. Man sucht sich nur noch mit dem Hinweis auf die angeblichen Ausschreitungen von links zu salbieren und erklärt, Koske sei seinerseits eben nur möglich gewesen, weil linksradikale Elemente fortgesetzt den gewaltsamen Umsturz der Republik und ihrer Verfassung betrieben hätten. Das sind natürlich Nöthen, denn die Ausschreitungen der Kommunisten existierten meist nur in der Phantasie der Regierungspolitik und selbst wenn es einmal ernsthaft nötig gewesen sein sollte, vor gegenrevolutionären Erhebungen der Arbeiterkraft auf der Hut zu sein, so hätte das noch nicht im allergeringsten die verbrecherische Verantwortlichkeit gerechtfertigt, mit der man die Reaktion ihr unternehmen vorbereiten ließ. Aber die Schwerebelasteten müssen ja schließlich eine Ausrede erfinden, um vor den Massen, deren Freundschaft sie jetzt vor den Wahlen doppelt bedürfen, nicht gar zu naht und bloß dazustehen.

Es bleibt dabei: Koske und sein System tragen die politische Verantwortung für das, was geschehen ist, und erst wenn die Rechtssozialisten nicht nur in Wählreden, sondern durch politische Taten den Beweis erbracht haben, daß sie gründlich und endgültig dem Koskeischen Antisozialismus abtun, können sie wieder mit einigermaßen sauberer Weste vor der Arbeiterkraft erscheinen.

Freilich werden wir nie vergessen dürfen, daß es nicht nur die absichtliche Blindheit des Reichswehrministers gewesen ist, die den menternden Offizieren und den nach der Wiederherstellung ihrer Macht lüthernen Junkern einen wenn auch nur vorübergehenden Erfolg verschaffte. Die Regierung hat nicht nur auf militärischem Gebiet Fiasco gemacht, sie hat überhaupt versagt, weil ihr jedes Ziel und jede Linie fehlte. Ihre Freunde beschränkten sich eigentlich nur auf den Kreis ihrer Mitlieder. Von dem Proletariat so gut wie von den Reaktionsären wurde sie gehaßt und verachtet, und selbst für die Mehrheitsparteien war sie im besten Fall eine Verlegenheit. Sie schwankte zwischen links und rechts, stürzte gedanken- und programmlos von einer Krise in die andere, und konnte bei niemandem das Gefühl der Sicherheit oder gar der Befriedigung erwecken. Wäre der Vorstoß der Kappisten politisch nicht gar so mangelhaft eingeleitet und durchgeführt worden, so würde er unter diesen Umständen höchstwahrscheinlich nicht ganz so glücklich zusammengebrochen sein. Die allgemeine Unzufriedenheit hätte ihm einen Triumph sichern können.

Zu unserer Genugtuung können wir feststellen, daß diese unsere Auffassung über die Gründe der unzureichenden Widerstandsfähigkeit der Regierung Bauer, von einem Manne geteilt wird, mit dem wir uns sonst sehr selten in Uebereinstimmung befinden. August Müller, der frühere rechtssozialistische Staatssekretär, schreibt in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“: „Lezten Endes wurzelt auch die Staatsverfallensaffäre in der bisherigen geistigen Unfruchtbarkeit der Koalition, die Geburtshelferin einer neuen Zeit sein soll, aber bis jetzt nichts zuwege gebracht hat, als Kngelgeburten eines farilaturenhafteu Parlamentarismus, der, je länger, je mehr, die soziale Demokratie bei uns in Mißkredit zu bringen geeignet ist.“

In der Tat: Die Unfähigkeit der Koalitionsregierung Bauer hat den Boden vorbereitet, auf dem die Reaktion zu ernten hoffen durfte. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Nachteile der verflochtenen Koalition durch die Neubesezung einiger Ministerposten mit vielleicht etwas weiler linkslebenden Sozialdemokraten beseitigt worden sei. Die Koalition Müller ist nicht besser als die Koalition Bauer. Sie ist genau wie ihre Vorgängerin zur politischen Unfruchtbarkeit verurteilt. Sie kann ebensowenig wie diese einen großen Zug oder eine mitreißende Idee aufweisen. Sie kann nur fortwurseln, sich durch die Säumerigkeiten hindurchhängeln und, von der Hand in den Mund lebend, vielleicht den Anforderungen des einzelnen Landes nothdürftig genügen. Die Koalitionsregierungen sind nie in stande, Geburtshelferinnen einer neuen Zeit zu sein. Sie sind Notbehelfe, zu denen man greifen mag, wenn es für den Augenblick um den Fehlen einer Partei und die Situation beherrschenden Parteien, die Geschäfte weiterzuführen. Etwas Neues und etwas Großes vermögen sie nicht zu schaffen.

Am 17. und 18. April, es sei die Aufgabe der Stunde, die Republik und die Demokratie auf feste Füße zu stellen, und zur Erreichung dieses Zieles seien die Parteien, die sich jetzt in die Ministerportefeuilles teilen, einig und stark genug. Aber sehen wir einmal die absolute Unzulänglichkeit der Demokraten und des Zentrums bei der Lösung dieser Probleme voraus, so bleiben doch Republik und Demokratie immer nur Formen, denen ein Inhalt gegeben werden muß, und in einem Zeitpunkt, in dem von Tag zu Tag die Frage brennender wird, ob dieser Inhalt der Kapitalismus oder der Sozialismus sein soll, muß sich die Unzulänglichkeit einer Gemeinschaft, in der Sozialdemokraten neben bürgerlichen Politikern sitzen, immer deutlicher offenbaren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sozialdemokraten auf eine Durchsetzung ihrer sozialistischen Forderungen in der Praxis verzichten. Solange sie sich mit Rücksicht auf die Massen immer noch grundsätzlich zu ihrem Programm bekennen müssen, werden Unklarheit und Unsicherheit die unvermeidliche Folge sein und an die Innehaltung einer geraden und zielsicheren Bahn ist nicht zu denken.

Aus dieser unmöglichen Situation gibt es nur zwei Auswege: entweder man schafft eine rein sozialistische Regierung oder man überläßt die Verantwortung ausschließlich den Bürgerlichen. Die zweite Eventualität muß gewählt werden, wenn das Proletariat nicht die Kraft oder nicht den Willen besitzt, die Geschicke des Landes allein in die Hand zu nehmen. Das ist ihre Gefahr, ist zuzugeben, aber die Beschreibung dieses Weges würde zum mindesten klare Verhältnisse herbeiführen. Sie würde es der Bourgeoisie unmöglich machen, ihre kapitalistische Politik hinter einer sozialdemokratischen Kulisse zu treiben; sie würde die Einigung der Arbeiterschaft beschleunigen und sie wahrscheinlich sehr bald in die Lage versetzen, eine Regierung, die die Dinge nicht zu meistern imstande wäre, abzulösen. Aber es bliebe natürlich ein Umweg, und der schließlich Erfolg der proletarischen Sache würde verhältnismäßig teuer erkauft. Deshalb streben wir die sozialistische Regierung als das nächste Ziel an.

In diesem Sinne werden wir auch den Wahlkampf führen, denn die Uebergangsmassnahmen, deren sofortige Durchführung unsere Partei in ihrem Wahlauftrag fordert, gehen über die Kraft eines bürgerlichen oder gemischten Ministeriums. Sie bilden die untersten Sprossen der Leiter zur sozialistischen Gesellschaftsform, und diese Stufen zu betreten, werden Nichtsozialisten sich stets mit allen Kräften sträuben. Sie zeigen gleichzeitig aber auch die Linie, auf der sich die sozialistischen Parteien zu gemeinsamem Handeln finden können, vorausgesetzt, daß wir eine Gewähr dafür besitzen, daß unsere Nachbarn auf der Rechten sich nicht nur mit den Lippen zu unseren Ideen bekennen.

Wir beginnen die Wahlkampagne in der Hoffnung, für das in dem Aufruf aufgestellte Programm eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir an dem Gedanken der sozialistischen Regierung festhalten. Wir glauben, daß Deutschland mit dem Uebergang zum Sozialismus und dem Bruch mit einem System, in dem Kapitalismus und Militarismus sich gegenseitig stützen, nicht warten kann, bis vielleicht in vier oder fünf Jahren oder noch später die sozialdemokratische Mehrheit trotz der wirtschaftlichen Machtmittel, die die Gegner gegen uns ins Treffen führen können, im Parlament erreicht ist. Die Kräfte des Proletariats können sich außerhalb der Volksvertretung Geltung verschaffen. Wenn es will und wenn es geschlossen auftritt, vermag es die Herrschaft auch dann auszuüben, wenn ihm die Demokratie des Stimmzettels die Berechtigung dafür nicht zugesprochen scheint.

Und wieder können wir uns auf August Müller berufen, der die Stunde für eine sozialistische Regierung schon jetzt für gekommen erklärt.

Sie würde nach keiner Ansicht nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Monopolen am ehesten gerecht werden, sondern sie entspräche auch am besten der gegenwärtigen Machtverteilung. August Müller erkennt also, daß wichtiger als die geordnete Verfassung die tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb eines Staateswesens sind, und daß von ihrer Verteilung die Zusammenlegung des Parlamentes durchaus nicht ein zutreffendes Bild gibt. Er Parlamentes durchaus nicht ein zutreffendes Bild gibt. Er verläßt damit freilich den Boden, an dem das Gros der rechtssozialistischen Partei noch immer festhält. Er betet nicht wie dieses die formale Demokratie und den Buchstaben des Staatsgesetzes an; er nähert sich, ohne es zuzugestehen, den Gedankengängen, die in der Forderung einer Diktatur des Proletariats münden. Könnten seine Parteigenossen sich entschließen, ihm zu folgen, so wäre für den Sozialismus außerordentlich viel, wenn nicht alles gewonnen. Aber leider sind die Anzeichen dafür, daß er mehr als ein Prediger in der Wüste, noch außerordentlich gering.

## Der Fall des Amerikaners de Mott.

Die „Deutsche Illg. Stg.“ erfährt zu dem Tod des Amerikaners Paul de Mott von zuständiger Seite: Nach dem nunmehr hier vorliegenden Untersuchungsmaterial wurde der amerikanische Reisepaßbesitzer de Mott, der sich im Besitz eines amerikanischen Reisepasses befand, am 8. April unweit Essen, in dem Reichsgebietsteile, in dem der Belagerungszustand vorhängt war, von Reichswehrtruppen in einem mit Waffen und Munition versehenen Kraftwagen der Roten Armee, in Gemeinschaft mit bekannten Sozialistenführern verhaftet. De Mott trug einen Revolver in der Tasche. Außerdem führte er, im Hemd eingehüllt, zwei Briefe von der Pariser sozialistischen Zeitschrift „La vie Ouvrière“ an Trotsky und Rosovsky in Moskau sowie andere Schriftstücke bei sich, die ihn als bolschewistischen Kurier kennzeichneten. Er wurde daher am gleichen Tage vom Standgericht des 61. Schützenregiments zum Tode verurteilt. Da jedoch noch den Besizungen des Reichspräsidenten kein Todesurteil ohne seine Genehmigung vollstreckt werden durfte, wurde die Vollstreckung ausgesetzt und Befehl gegeben, den Verurteilten mit anderen Aufzählern nach Babelsberg abzutransportieren. Inzwischen wurde er in der Kugelhölle zu Rottweil gefangen gehalten. Dort machte er am 8. April gegen 8 Uhr morgens beim Gang nach der Latrine einen Fluchtversuch, bei dem er von dem Wachtposten nach dreimaligem fruchtlosen Anrufe im Hofe der Kaserne, nahe dem Ausgangstore, erschossen wurde.

Die hiesige amerikanische Kommission hat in das gesamte Untersuchungsmaterial Einsicht erhalten.

Wir können natürlich nicht nachprüfen, ob der hier geschilderte Sachverhalt zutrifft. Aber selbst seine Richtigkeit vorausgesetzt, bleibt doch die Frage offen: Aus welchen Rechtsgrundlagen verurteilt man jemand zum Tode, nur weil er „bolschewistischer Kurier“ ist? Seit wann ist das ein todeswürdiges Verbrechen? Ist es nicht, daß nur eine Polizeiaktion beabsichtigt sei, die sich lediglich gegen verbrecherische Elemente richtet? Wir verlangen, daß man uns die Verbrechen des de Mott mitteilt, sonst bleiben wir bei unserer Auffassung, daß es sich hier wieder um einen der zahlreichen heimtückischen Mordtaten der Soldateska handelt.

Das Ergebnis der Untersuchung der amerikanischen Kommission wird hoffentlich Klarheit in die dunkle Angelegenheit bringen, falls man das Material nicht schon sorgfältig gesiebt hat. Ergeben sich Weiterungen internationaler Natur aus diesem Falle, so trifft auch hier wieder die Regierung die volle Schuld. Sie mußte wissen, daß die Einsetzung von Stand- und außerordentlichen Kriegsgerichten den Offizieren die Handhabe bot, wahllos vorzugehen und sich nicht auf „verbrecherische Elemente“ zu beschränken. So-

lange dem Militär nicht jedes Verbrechen strafbar ist, so lange ist die Regierung an jeder Maßregelung mißglückt.

## Eine Kommission zur Untersuchung verlegener Grenzstellen.

T. U. Essen, 20. April.  
Der Militärbesichtigungsstab ist bekannt, daß die Kommission zur Untersuchung verlegener Grenzstellen erstmalig am 20. April, 2. Uhr nachmittags, im Polizeipräsidium zusammentritt.

## Die regierenden Militärs.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Verfügung:  
Berlin, den 9. April 1920.  
Den Kommanden und Abteilungen wird es unterzagt, Forträge beim Herrn Minister ohne vorherige Mitteilung anzumelden oder zu halten.  
Besprechungen finden zunächst bei mir statt und ich werde das weitere entscheiden. Ausgenommen von diesem Verbot ist nur T. L. v. Seckt.  
An alle Stellen des Reichswehrministeriums.

Diese Verfügung ist ein neuer Beweis dafür, daß die Militärs, voran der General v. Seckt, den Reichswehrminister noch immer als eine Puppe ansehen, die so zu tanzen hat, wie sie es befehlen.

Bei dieser Gelegenheit muß doch einmal gefragt werden, welche Stellung eigentlich dieser Herr v. Seckt bekleidet. Er soll wohl noch „Oberbefehlshaber“ sein. Welche Truppen befehligt er dann, nachdem zum Nachfolger von Mültwig, dessen Stelle er zuerst bekleidet hat, ein anderer General ernannt worden ist? Ist v. Seckt „Oberbefehlshaber“ in den Marken? Was hat er dann noch im Reichswehrministerium zu suchen?

## Die Politik der Gewalt.

### Der Wahlkampf der S. P. D.

Gestern waren wir genötigt, einige Stellen aus dem ersten Wahlflugblatt der Reichssozialisten dem „Vorwärts“-Beiblatt, niedriger zu hängen und mit einigen Anmerkungen zu versehen. Wir mußten uns dagegen wehren, daß Frau Juchacz ihren Kampf gegen uns führte mit der Werbung, wer die Gewalt der abjehue, der könne nicht unabhängig wählen.

Der „Vorwärts“ versuchte nun heute morgen, uns klar zu machen, daß Frau Juchacz nicht richtig verstanden hätte. Es gebe in unserer Partei verschiedene Strömungen, von denen die eine engste Fühlung mit den Kommunisten habe, die erst kürzlich bei der 21. Generalversammlung als Argument im politischen Kampf angepriesen hätten. Gegen diese werde sich der „Vorwärts“ nicht etwa gegen Ströbel und Kautsky, sondern niemand nachfragen werde, daß sie Anhänger der Gewaltanwendung seien.

Wir wollen es vermeiden, mit dem „Vorwärts“ eine eingehende Auseinandersetzung über das Thema der Gewaltanwendung im politischen Kampfe zu beginnen. Seit die jüngste Zeit hat bewiesen, daß das Proletariat gezwungen werden kann, Gewalt anzuwenden, um die politische Entwicklung in die ihm notwendig erachtenden Bahnen zu drängen oder um eine gegebene politische Situation voll auszugestalten. Man kann vielleicht darüber streiten, ob der Generalsirei in dem hier zur Debatte stehenden Zusammenhang schon als Gewaltanwendung angesehen werden kann. Aber wie wäre es geteufelt, wenn der Generalsirei allein zur Niederkämpfung der Kappisten nicht genügt hätte? Hat die S. P. D. in jenen Tagen die Frage der Gewaltanwendung des Proletariats nicht ebenfalls zum Umdeuten erzwungen?

Man sieht also, daß das Thema sehr weit ausgeklammert werden kann und darum soll ein ehrlicher Mensch sich hüten, in so tiefen Zusammenhänge und mit jener Oberflächlichkeit, die die Kräfte der Frau Juchacz und der anderen Flugblattschreiber auszeichnet, verheerende Bemerkungen darüber zu machen. Wenn das überhaupt einen Zweck haben soll, so doch nur den,

## Arzt und Arbeiterchaft.

Von einem Krankenkassenrat der U. S. P. schreibt uns ein Genosse, dessen Zeilen Wert und Wirkung dieser Bemerkungen beleuchten:

Krankenkassenrat . . . in Schöneberg . . . oder irgendwo. Drängen ein ganz wider Freilichtleben, der die Menschen gleichsam einschüchtern will für die Enttäuschungen des Alltags. Nur langsam fällt sich die schöne Scholastica, manche, viele Weiden auch fern — zu ihrem Schicksal, sie verlieren, wozu diese gehen im neuen Weltlingsgelebe.

Wollt sehr reife Vorzugskunst am Flügel ein. Eine junge Medizinerin folgt. Sie spricht eine Richtung vom Sieg obernen Wohlens über Nacht und Tod, ein Hochaltes proletarisches Opfermahl. Dann jedoch die Internationalen, hundertmal gehdelt, ein ewiger Jungbrunnen. . . . Es ist zu Ende, wir gehen still durch die tolle Freilichtnacht. Ein paar Politiker tabeln, daß dieser und jener Genosse wieder nicht „dabei“ waren.

Wir sind noch beherrscht von der Schönheit dieser erhabenen Felsenfunden und schweigen.

Nur und schreit ein junges Mädchen mit kumpen offenem Haar am Kam ihrer Mutter.

„Mutter!“ hören wir, „so schön wie damals bei der Jugendweibe, weißt du!“ . . .

Am der nächsten Straßenecke blickt mein Begleiter, einer von den ganz Alten unter dem Sozialistengesetz, das Schweigen: „Ja, ja, das wird besser wie manches Treppenlaufen und schreit mehr als die längste Rede.“

Das letzte gilt mir, doch ich fomme Kam bei. Da wird es hell neben uns.

Aus dem großen Kino flutet eine bunte, erregte Menge, laufende Menge, vorbei an den grellsten Reflektoren. Ich freute mich, daß ich keine Bekannten, keine Genossen oder Genossinnen darunter sehe . . . doch, nein . . . da hinten . . . aber ich werde mich wohl irren, ich habe sehr schwache Augen! . . .

Zu Hause überdenke ich noch einmal den Gewinn dieses Abends.

Ich war einst ein Zweifler, nicht am hohen Ziel, sondern an der Möglichkeit, daß das Können und die Schaffensfreudigkeit das Wollen erreichen werde.

Ich bin längst ein Hoffnungsfreudiger geworden. Ich hoffe, daß wir dem Ziel immer näher kommen! W.

**Volksbühnenbewegung.** Das Generalsekretariat des Verbandes der Freien Volksbühnen, Berlin, versendet einen Aufruf „Gründet Volksbühnen“, worin es heißt: „Die Massen hundert nach Kunst heute mehr denn je. Vor allem ist der

Drang nach guten Theaterdarbietungen stark. Der Besuch einer unabhängigen Vorstellung in einem der üblichen Geschäftstheater wird aber immer kostspieliger; so sind Hunderttausende gezwungen, sich die Erhebung und Mäntelung durch den Besuch eines odien Auswertes zu versagen. Man möchte von Staat und Kommune fordern, daß sie umfangreiche Maßnahmen treffen, um breiteren Schichten der Bevölkerung die Theater zu öffnen; aber leider ist kaum zu erwarten, daß von dieser Seite in absehbarer Zeit sehr viel geschieht. Umso wichtiger erscheint es, auf dem Weg der Selbsthilfe zu beweisen, den zuerst die Berliner Freien Volksbühnen gegangen sind, und der sich hier glänzend bewährt hat. Er schließt staatliche oder kommunale Maßnahmen gänzlich Erschließung der Theater für weitere Volksschichten nicht aus, sondern ist vielmehr geeignet, solche Maßnahmen nach sich zu ziehen und sie in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Selbsthilfe aber kann entstehen, auch wenn die öffentlichen Gewalten sich noch zurückhalten. Die der Berliner Volksbühnenbewegung zugrunde liegende Idee ist die der Organisation der Theaterkonsumenten zu einer sich selbst verwaltenden Kunstgenossenschaft, — wenn man so will: die einer Konsumentenvereinschaft der Theaterbesucher.

Derzeit wird sich nicht überall gleich das verwirklichen lassen, was die Berliner Volksbühnen erreicht haben. Aber manches Gute ließe sich durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Theaterkonsumenten auch in anderen Orten und sofort schaffen, zumal dort, wo die Kommunen über eigene Theaterhäuser verfügen. Die „Volksbühnen G. B.“ in Berlin (C. B., Eimerstraße 227, Generalsekretariat) wird beratende Bestrebungen überall gerne beraten und unterstützen, von dem Wunsch befeuert, den von ihr vertretenen Ideen möglichst weite Verbreitung zu verschaffen und alle vorhandenen und neu entstehenden Volksbühnenorganisationen zu einem starken Reichsverband zusammenzuschließen.

## Kommunale Kunstpflege.

In Gemeinden mit proletarischem Einschlag hat die Bildungsarbeit mit aufstrebendem Eifer eingesetzt. Trotz spärlicher Verarmung wurden vielerorts Volkshochschulen errichtet. In der Gemeinde Neukölln hat die U. S. P. im letzten Jahre dahingehend und vorbildlich gewirkt. Auch das Theater muß Allgemeingut werden. In Groß-Berlin ist ein Anfang zur Aenderung dieser Verhältnisse gemacht. Es werden in Neukölln und einigen anderen Vororten bereits vom Staats-Theater Vorstellungen gegeben. Hebbels „Maria Magdalene“, Lessings „Rathen der Weisse“ und „Anna von Barnhelm“ wurden mit ersten Kräften aufgeführt. Weitere Vorstellungen werden folgen, so „Wilhelm Tell“, „Die Journalisten“, „Geister“, u. a. Ausleistung und Begleitung stellen sich würdig dem Theater am Gendarmenmarkt zur Seite. Die Künstler zeigten sich mit besou-

derem Eifer bei der Sache. Leider kann nur ein Teil der Bevölkerung mit Eintrittskarten versehen werden. Das will es z. B. heißen, wenn eine Stadt, deren Einwohnerzahl an 270 000 Seelen beträgt, einen Raum wie die „Neue Welt“ mit 1500 bezugsfähigen Personen günstigstenfalls als Theater zur Verfügung hat. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn die Zahl der Vorstellungen beträchtlich wird. Es müßte versucht werden, alle Groß-Theater vorortig auszurüsten mit guten Vorstellungen zu versorgen, zumal die Verleiherprivilegien und das teure Jahrgeld dann in Fortfall kämen. Ohne kostspielige Dekorationen ist es möglich, das Bühnenbild zu vereinfachen und künstlerische Wirkungen zu erzielen. Die Eintrittspreise sind so festzusetzen, daß es den ärmeren Schichten möglich ist, die Vorstellung zu besuchen. Wir kommen bei unseren Neuköllner Theaterbesuchen mit 2,00 M. pro Eintrittskarte aus, eingeschlossen ist Garbenobstzulage (die in manchen Theatern heute schon 1 M. kostet), und ein Theatergestell mit Einführung. Die Karten, welche im Vorverkauf reichenden Absatz finden, berechtigen zur Entnahme von Karten am Eingang zum Theater. Ein Kampf über Eintrittspreise ist die Folge ist dadurch ausgeschlossen. Für die Durchführung solcher Veranstaltungen ist es dringend notwendig, daß Schilken seitens der Volkspartei unterbreiten, und daß nach dem Verlauf der Bestimmungen nicht bloß „gelegentlich“ solche Veranstaltungen genehmigt werden, sondern daß sie regelmäßig etwa von neu entstehenden kommunalen Volksbildungskomitees den breitesten Volksschichten zugänglich gemacht werden. Bohm-Neukölln.

Im Deutschen Opernhaus wurde noch kurz vor Beginn der Sommerferien die melodische Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ des jungverstorbenen Hermann Goetz ins Repertoire aufgenommen. Neben Cornelia „Dorier von Bagdad“ trägt dieses Kammermusikalische Werkchen — unbekannt mit der vorliegenden Nachbarschaft des Spät-Wagner — die fruchtbarste, offenerzigste Klangfülle in sich. Die matte Darstellung, die besonders arm an reizend übergebender Gebärde war, erholte sich im 3. Akt in den gefanglichen Leistungen, fand aber nur in Gertha Stögenberg eines nennenswerten Vertreterin, die das Niveau der durchweg zweifelhafte Forderung stimmlich übertrug. Die Szenerie war vorzüglich. F. F. W.

Das Eden-Theater ändert mit dem 1. Mal seinen Namen und wird als Theater in der Alten Jakobstraße geführt. Gleichzeitig übernimmt Herr Dr. Maria-Sidel die Direktion.

Die „Internationale Vereinigung der Expressionisten, Russen und Futuristen, G. B.“ teilt uns mit, daß sie sich an der „Großen Kunstausstellung 1920“ am Lehrter Bahnhof nicht beteiligen wird.

den Spieler grüßlich zu machen, um dann aus seinen Kraghülften parteipolitischen Gewinn zu schlagen. Das aber ist die gleiche Methode, die täglich in der bürgerlichen Presse Anwendung findet, um den bloßen Halbschwärzler lebendiger zu erhalten. Dieses war der Sinn unserer Kritik.

Dann aber irrt der „Sowjard“, wenn er meint, daß gerade wegen der Frage der Gewalt oder Gewaltlosigkeit „ein tiefer Riß“ durch unsere Partei geht. Gewiß gibt es Meinungsverschiedenheiten in der Partei, aber sie sind anderer Art.

Aber wie ist es mit der Gewaltlosigkeit gegen die Arbeiterklasse, wie Roske sie befehle? Auch sie gehört in das Thema, wenn man es schon einmal erörtern will. Was hält Frau Juchacz davon? Es hat eine Zeit gegeben, da hat Roske Theorie und Praxis vom Kapitalklassen der Arbeiter nahezu ungeteilte Zustimmung in ihrer Partei gefunden, während wir — im Interesse jener Partei — hoffen, daß heute wegen dieser Frage „ein tiefer Riß“ durch die S. P. D. geht. Ein tiefer Riß, denn ein müßig gegen diese Politik der Roske und Wert heißt diese Partei doch immer noch nicht.

## Wie der Putsch vorbereitet wurde.

Die Mittelsmänner im Reichswehrministerium.

An die Verleumdung, die am 13. März zum Rüb-Putsch führte, leuchtet recht ertell ein Schriftstück hinein, das sich in den Privatpapiere des Freikorps von Bülow befand und folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 8. 8. 1920.

Kurfürstent. Nr. 149.

Teleph. Rollendorf 25-22.

Sehr geehrter Herr Major!

Nachdem ich durch die Liebendürftigkeit des Herrn Hauptmanns Freiherrn von Gablung die Anweisung auf 250 Besoldungshälften und 250 Gewehre erhalten habe, wende ich mich nochmals an Herrn Freiherrn von Gablung, um diese und alles Nötige für die Eskadron zu beschaffen. Es wurde mir auch Befehl erteilt, nur mit der Bemerkung, daß die Frage der Eskadron eine augenblicklich sehr schwere sei und man auch für die Zukunft mit Schwierigkeiten resp. Herabsetzung der Besoldung zu rechnen habe und es es nicht ratsam wäre, um unsere Eskadron nach Ostpreußen zu verlegen. Da ich in der letzten Zeit sehr viel mit den politischen Kreisen in Fällung komme und mehr oder weniger auf dem laufenden gehalten werde, so wachte ich mich an den Herrn Hauptmann Freiherrn, welcher mir den Rat gab, im Interesse des Korps und der 10. Schwadron mich sofort mit Herrn Major in Verbindung zu setzen und eine Überführung nach Ostpreußen Herrn Major in Vorschlag zu bringen. Nach habe Freiherr von Gablung mich mit dem Vertreter Ostpreußens bekannt gemacht, welcher mit unserem Vorschlag solidarisches sich erklärte und mich mit meinem Adjutanten nach acht bis zehn Tagen zwecks Besprechung in Königsberg erwartet. Zu diesem Zwecke schickte ich sofort meinen Adjutanten, Leutnant Schüller, nach Remscheid zum Korpskommandeur und erhielt gestern, spät abends, ein Telegramm, daß Herr Major sich hier (in Berlin) befindet.

Was die Eskadron anbelangt, wäre Ostpreußen auch von großem Nutzen, da sich dort circa 300 bis 500 Mann noch gerüstet aufhalten und jetzt beabsichtigt werden durch einen mir bekannten Hauptmann Schein unter fremdschwerer Unterstützung unseres früheren Stabschef der Baltischen Legion Grafen Donath.

Ich bitte, Herr Major, Einbild zu nehmen und zu entscheiden, wie Herr Major und ich es halten. Mir wäre es natürlich angenehm, als 10. Schwadron des Freikorps weiter zu bestehen und auch für die Zukunft in Fällung zu bleiben, da das Korps dann auch eine sich immer stärker entwickelnde Kraft im Osten haben würde. Natürlich würde auch vieles von den Besprechungen abhängig gemacht werden, wie die wirtschaftliche Stellungnahme, auch die weitere Ausweisung sich gestaltet, wofür ich die weitere freundliche Unterstützung des Freiherrn von Gablung und des Hauptmanns Freiherrn habe.

## Neue Bücher.

Vor einiger Zeit sind von Martin Geradt die Aufzeichnungen eines Schanzsoldaten unter dem Titel „Erdschreiber“ erschienen. (S. Fischer Verlag 1919.) In diesem Buche, das nicht an der Front, wenn auch nicht außerhalb der Gefechtszone spielt, erzählt der Autor, was er als Schlichter auf dem westlichen Kriegsschauplatz erlebt hat. Seine Aufzeichnungen, die nur eine objektive Chronik sein wollen, die auf jede Anklage, fast auf jedes herbe Urteil verzichten, wirken in ihrer Schlichtheit, Unmittelbarkeit und Wahrheit überzeugender und erschütternder als einige Dutzend patriotischer Manifeste und ausgereizter Proteste. Der Schanzsoldat Martin Geradt berichtet, wie die Front der ungewohnten Kriegsarbeit den einzelnen verändert, wie sie Treue erzeugt und Untreue gebiert, wie sie den Gottlosen fromm und den Gläubigen gottlos macht. Geradt gibt die Lebensläufe seiner meist dem Proletariat angehörenden Stabsoffiziere, und die Geschichte eines „einfachen Mannes“ erzählt uns hinter und interponiert als die gradlinige Biographie manches berühmten Zeitgenossen. Geradt verzichtet auf die billige Geste des Volkshelden, der die Ungeheueren gegen die Angehörigen der eigenen Schicht ausstößt, er besitzt halt abstrakter, unfruchtbarer Volksheldentum konkretes Verständnis für die Leiden der kleinen Leute, die seine Freunde wurden. Er schwärmt nicht für die Menschen, aber er liebt den Menschen. Sein Buch ist ein Dokument aus der Zeit, die sich selbst die große nannte. Die Aufzeichnungen eines Schanzsoldaten sollten endlich der verlogenen Kriegsbelletristik ein Ende machen.

In dem Romanband: „Die Verfolgten“ (Verlag Ernst Rowohlt) erweist sich Geradt ebenso als Kenner der menschlichen Seele wie in seinem Erinnerungsbuch aus dem Kriege. Jede Seite des Romanbuchs verstrahlt den Reiz der Sprache, den Beobachter des Lebens, der es versteht, Geheimnisse zu enthüllen, ohne sie zu profanisieren. Thomas Mann hat einmal den Schriftsteller definiert als einen Menschen, dem das Schreiben schwerer fällt als anderen Leuten. Geradt ist ein Schriftsteller dieser Art; er besitzt unendlich viel Selbstglaube und Verantwortungsgewissen. Schade, wenn die Kammermusik vom Herrn des Tages, vom Marktschreier der Vielgeschäftigen und Klugschneidertigen überhört würde. R. W.

Das Hungrischkapitel. In Kürze erscheint die zweite überarbeitete Auflage des seit Jahren vergriffenen Werkes von Rudolf Silberding im Verlage der Wiener Volkshochschule.

Hohenverbesseerungspläne an der Elbe. Um den Kulturwert eines so wichtige Grenzgebietes zu erhalten, ist jetzt ein Ministerverfügung, etwa 50.000 Hektar umfassen des Landgebietes an der Elbe und der Weizen in den russischen Grenzgebieten, Schlesien, Ostpreußen und Pommern zu bebauen. Die Weizenbau-Schneidwerk-System einen vollständigen Überwindung gegen die Mordsee durch einen mit Entwässerungsanlagen versehenen Damm. Damit würde der jetzt fast kimmernde Wasserstand der Elbe so

Der Briefschreiber, Kapitänleutnant Kurt Graß, erstucht dann weiter um Übermittlung eines Ausweises zur Fahrt nach Königsberg. Er beruft sich darauf, daß er „die größten politischen Verbindungen mit den leitenden deutschen und russischen Spitzen als ehemaliger persönlicher Adjutant des Fürsten Lieben besitze“, und verspricht dem Major, durch Berichte in steter Verbindung mit ihm zu bleiben, damit Herr Major immer vom Tun und Fortschritt der 10. Schwadron in Kenntnis gesetzt wird. Sei es auch auf geheimem Wege, wenn es politisch nicht anders möglich ist. Das Schreiben schließt:

Mein Werk wird aber gelingen, und das große Werk und die Wiederherstellung eines Ostlandes muß und wird gelingen! Der Stein ist ins Rollen gekommen, so schwer es fällt, nur die nötige Ruhe und Unterstützung! Bis jetzt war es ruhig, aber in letzter Zeit waren zu viele Anfragen und Einstellungen in die Baltenschwadron, und besondere Gefahr droht und durch die Auflösung der Marinebeilage. Wenn Herr Major mir gestatten, will ich auch gute Reichsbotschaft aufnehmen und Ostpreußen, auch Rüssen, da es dort eben sicherer ist. Ich bitte nur zu beschließen, wenn ich Herrn Major sprechen darf. Mein Telefon: Rollendorf 2522.

Kurt Graß, Kapitänleutnant.

Aus dem Schriftstück geht hervor, daß das Freikorps von Bülow in die Verleumdung bis in Kleinste eingeweiht war. Ferner ertell wir daraus, daß die Verbindungen mit den baltisch-russischen Abenteurern immer noch aufrechterhalten werden, und daß zwischen den deutschen und den russischen Monarchisten eine enge Arbeitsgemeinschaft besteht. Höchst bemerkenswert ist auch, wie sich in Ostpreußen unter dem Scheinbegriffen Wortwand des Grenzschutzes alle diejenigen Truppteile in Reserve halten, die, wie die 10. Schwadron des Freikorps Bülow, ihrer Auflösung entgegen gehen wollen.

Alle diese Schieberungen und Retierungen sind aber nur möglich mit Hilfe des Reichswehrministeriums. Dort sitzen die Mittelsmänner der Verleumdung und durchkreuzen alle Maßnahmen, die von der Regierung getroffen werden. Will Herr Geiler den Hauptmann Freiherrn und den Freiherrn von Gablung auch jetzt noch in seiner Räte halten? Wir glauben, daß es nach dem oben veröffentlichten Schriftstück nun endlich an der Zeit ist, den Herren den Stuhl vor die Tür zu legen.

## Die Einnahmen.

Zur Charakterisierung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Am 17. und 18. April hatte der Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.) Vertreter aus allen Teilen des Reiches in Berlin versammelt. Nach einem Bericht des Bundesvorsitzenden Beckmann wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt:

„Der G. D. A. mißbilligt die Nebenregierung der am politischen Generalkrieg beteiligt gewesenen Gewerkschaften, die in einzelnen Landesteilen in Terrorismus ausgearbeitet ist und zu der einseitigen Zusammenfassung der Sozialisierungs-Kommission geführt hat. Die Regierung wird aufgefordert, diesen verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen und nach Vorbehalt der Nationalversammlung den Reichswirtschaftsrat zu schaffen, durch den alle erwerbsfähigen Kreise zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Volkswirtschaft berufen sind.“

Nicht weil wir dem gelben Konglomerat, das unter der täuschenden Maske „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ sein Untwesen treibt, Bedeutung beimessen, geben wir diese Aufklärung potenziellster Charakterlosigkeit wieder, sondern weil gerade diese Erklärung geeignet ist, das Wesen dieser Gesellschaft zu kennzeichnen. Es entspricht diesem Wesen, daß die Leute nach dem Reichswirtschaftsrat rufen

gefordert werden, daß, wie die „Zeitschrift für die gesamte Volkswirtschaft“ mittelt, sich eine ausreichende Entwässerung der an den beiden Flüssen liegenden Niederungen ohne Schwierigkeiten würde durchführen lassen, und daß das jetzt folgerichtige Wasser der Elbe mangels Verbindung mit der Nordsee durch seine natürlichen Auslässe — das wieder zum Südwasser werden würde, das zur Verfertigung der ausgebeuteten Viehweiden mit Teinwasser betriebe werden könnte.

Gegen die werpersche Züchtigung in den Schulen hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgenden Erlaß an die Regierungen herausgegeben, in dem es heißt: „Es liegt mir daran, die gesamte Lehrerschaft für den Gedanken zu gewinnen, daß die körperliche Züchtigung ein Strafmittel darstellt, dessen Anwendung mit dem Geiste unserer Zeit nicht mehr vereinbar ist und das daher aus der Schule ganz beseitigt werden muß. Unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möge ich daher den Schulaufsichtsbehörden, insbesondere denjenigen Beamten, die mit den Lehrern und Lehrerinnen in unmittelbarem Verkehr stehen, den Regierungsschulräten und Kreisinspektoren zur Pflicht, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß der von mir gewünschte Zustand eintritt, und hierzu auch ihrerseits dadurch beizutragen, daß sie an die äußere Schulguth und an die unterrichtlichen Leistungen keine Anforderungen stellen, die die Lehrer und Lehrerinnen nur mit Hilfe von werperschen Strafen glauben erfüllen zu können. Noch mehr aber sehe ich mein Vertrauen darauf, daß die Lehrerschaft selbst mehr und mehr zu der Überzeugung kommen werden, die Anwendung der werperschen Züchtigung sei des Erziehers wie des Züglings gleich unzulässig, und daß sie es als Ehrensache betrachten lernen, bei ihrer unterrichtlichen und erzieherischen Tätigkeit ganz ohne solche Strafmittel auszukommen. Neben der Warnung ist besonders hervorzuheben, daß verhältnismäßig Eingehen auf die kindliche Eigenart und eine von Geist und Leben erfüllte Lehrweise, die es versteht, die Teilnahme der Kinder dauernd zu fesseln, werpersche Strafen gänzlich überflüssig macht.“

Chinesische Fortschritt. Der Revisor der deutschen Ethnologie, der an der Columbia-Universität zu New York mitlende Professor Friedrich Dittich wurde 75 Jahre alt. Seine Schriften über die Geschichte, Kultur und Kunst Chinas sind grundlegend. Die bei Dittich in N. N. Berlin 1918. erschienenen „Chinesische Geschichte“, die einzige deutsche Monographie, die sich der wissenschaftlichen Darstellung des letzten Reichs widmet, gibt zu Ehren des großen Gelehrten demnächst eine umfangreiche illustrierte Festschrift heraus, zu der die meisten Hochgelehrten des Inlandes und befreundeten Ausländer bedeutende Beiträge geliefert haben.

der in der geplanten Zusammenfassung ein treffliches Instrument zur Wahrung einseitiger Interessen darstellt. Uns wundert das nicht, denn: „Des Brot ich esse, des Lied ich singe.“ Wir hoffen aber, daß die Spitzenverbände der Gewerkschaften ihre gegenwärtige Stellung gerade auch dazu benutzen, um diesem Reichswirtschaftsrat das Genick umzudrehen. Seine Ausbildung würde im Widerspruch stehen zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Generalstreikforderungen der Gewerkschaften und seine Existenz wäre ein Hindernis für jeden sozial- und wirtschaftspolitischen Fortschritt.

Das württembergische Landtagswahlgesetz. Der württembergische Landtagswahlgesetzentwurf sieht die Wahl von 101 Abgeordneten vor. Die Berechnung der Bestimmungen ist darauf geplant, daß ein Teil der auf sie entfallenden Abgeordneten auf eine Landesliste übernommen, der andere Teil aber auf die Bezirke verteilt werden soll, die die höchsten Zahlen von Reichstimmen aufweisen.

Kopp in Schweden. „Berlingske Tidning“ meldet aus Stockholm: Dr. Kopp wird vorläufig in Polizeigewahrsam gehalten. Wie das „Evenska Dagbladet“ erzählt, ist es nicht ausgeschlossen, daß zwischen der Schwedischen und der deutschen Regierung ein Austausch von Reichstimmen stattfinden wird über die Möglichkeit einer Auslieferung Kopp.

Auswanderung schwedischer Metallarbeiter nach Rußland. In den nächsten Tagen wird sich von Stockholm aus eine Kommission schwedischer Metallarbeiter, die nach Schweden auswandern wollen, nach Petersburg und Moskau begeben, um die russischen Arbeits- und Lebensverhältnisse zu studieren und die Auswanderungsmöglichkeiten zu prüfen.

## Gewerkschaftliches.

Das Brandenburgische Landesarbeitsamt.

Durch Beschluß des Provinziallandtages vom 4. und 5. März 1920 ist mit Wirkung vom 1. April d. J. in Berlin für die Provinz Brandenburg mit Ausnahme des Geschäftsbereiches des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin ein besonderes Landesarbeitsamt errichtet worden, das im wesentlichen die Funktionen ausübt, die bisher der Zentralauskunftsstelle der Arbeitennachweise für die Provinz Brandenburg und dem Verbande Märkischer Arbeitennachweise oblagen. Angeschrieben ist dem Landesarbeitsamt des Provinzialarbeitsamtes. Zum Direktor des Landesarbeitsamtes ist der bisherige Geschäftsführer des Verbandes Märkischer Arbeitennachweise, Dr. Vermeyer, ernannt worden. Die bisherigen Anschriften an die Zentralauskunftsstelle und an den Verband Märkischer Arbeitennachweise sind daher in Zukunft an den „Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 28, Fernspr.: Rollendorf 832, 833, 834, 4253, 4254 und Kurfürst 9888, 9887, Telegrammadresse: Landesarbeit, zu richten.

Die „Genrale für Lehrstellenvermittlung für Groß-Berlin“ ist aufgehoben worden; an ihre Stelle tritt mit dem 1. April d. J. das Provinzial-Berufsamt, dem die Berufsämter mit der Lehrstellenvermittlung der Berliner Vororte und in der Provinz Brandenburg unterstellt sind. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Durchführung des zwischenberuflichen bzw. zwischenberuflichen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage der Lehrstellen. Anmeldungen offener Lehrstellen sind zuerst an die Berufsämter oder Arbeitennachweise der eigenen Stadt oder des betreffenden Kreises zu richten und nur in Ausnahmefällen an das Provinzial-Berufsamt selbst. Die Anschrift lautet: „Brandenburgisches Landesarbeitsamt — Provinzial-Berufsamt“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 28.

Die in den Dampfmaschinen beschäftigten Ruffler und Mischfahrer nahmen in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu der Antwort der Arbeitgeber auf die eingereichten Lohnforderungen. Die Firmen Wagner, Kühnert, König, Köhler, Wustenhäuser Straße, haben die Forderungen anerkannt. Mit anderen Firmen stehen wir in Verhandlungen. Nur der Arbeitgeberverband weigert sich, einen Tarifvertrag zu tätigen und will mit seinen Arbeitern die Lohnfrage persönlich erledigen. In der Diskussion wies die Ruffler dieses Ansinnen der Arbeitgeber als entschieden zurück. In Form einer Resolution wurde der Deutsche Transportarbeiter-Verband erneut beauftragt, die Interessen der Ruffler und Mischfahrer zu vertreten. Die Forderungen sind: Lohn wöchentlich 160 M. für Ruffler und Mischfahrer, Jugendliche bis 16 Jahren 90 M., Jugendliche von 17 bis 18 Jahren 120 M. wöchentlich, Gewährung eines Sommerurlaubs. Die jetzigen Löhne betragen 110 bis 160 M. für Erwachsene.

## Groß-Berlin.

Die offene Tür!

Organisationen, die sich mit Kindererziehung befassen, besagen das Fehlen einer „Offenen Tür“, das heißt, eines Jugendheimes, in das man Kinder in dringenden Fällen, ohne umständliche Verhandlungen mit Behörden und Instanzen, sofort unterbringen kann. Die steigende Not steigert in nie gekanntem Maße das Elend unserer Kinder. Die Fälle, in denen man sich eingreifen mußte, häufen sich. Da sind Kinder vor schwerer Mißhandlung zu schützen; Halbverderbene oder Dabongelassene kleine Wagnanten und ähnliche Fälle dringender Not, in denen man nicht auf langwierige Amtshandlungen bis zur endgültigen Unterbringung warten kann. Daß für all diese Kinder kein Warten des Dachs vorhanden ist, beweist einen argen Mangel. Es kann jedoch nicht deutlich genug gesagt werden, daß eine „Offene Tür“ ein wirkliches Jugendheim sein muß, das von verständnisvollen, hilfsbereiten Menschen geleitet ist. Denn in Berlin wird auf dem Gebiet der Jugendpflege und Jugendfürsorge gern mit einigen Musteranstalten paradiert, die gerade den zu stellenden Anforderungen entsprechen. Wollte man jedoch die übrigen Einrichtungen mit diesen Musteranstalten vergleichen und ermessen, inwieweit dem Kinderelend wirklich abgeholfen wird, so würde man bald finden, daß einige botenmäßige Dörfer die Aussicht auf jämmerliche Zustände verbergen. Darum fordern wir eine „Offene Tür“, die jedoch weder eine Polizeiwache, noch ein Kinderzuchtstern sein soll.

Die Besetzung der Besetzung der Besetzung... (Text is partially illegible due to image quality)

Die Wichtigkeit mit Kauf des auf die Ausfertigung folgender...

Bericht der Tagesblätter: Diese Mitteilung kann nicht auf...

Die Deutsche Arbeitervereinsgruppe (Ortsgruppe Berlin)...

Die Charlottenburger städtische Gewerbeschule hat neuerdings...

Staatsminister in Kurland: Die für heute, Dienstag, in...

Impf: Die diesjährige öffentliche Impfung findet in...

Was den Organisationen.

- 2. Dittich, Sitzung 1. und 2. Abteilung, Morgen, Mitt...
- 4. Dittich, Donnerstag 6 Uhr Vorkonferenz der Agitations...
- 11. Dittich, Sonntag, 10 Uhr, Schlußabend des Kurs...
- 12. Dittich, Mittwoch, 21. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...
- 16. Dittich, Donnerstag abends 7 Uhr Mitgliederversammlung...

ber II. Schulz, die Wohnung (Königsplatz) Mitglieder der Bildung...

Bereinstellender.

Deutscher Buchhändler-Verband, Tagespapierbranche und photo...

Prozesse, Alexanderstr. 45.

Botenfrauen stellt sofort ein Expedition Tempelhof, Werderstraße 31.

Nicht in 6-8 Wochen sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivil...

Den allergrößten Erfolg haben die kleinen Anzeigen in der Abendausgabe der Freiheit

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold, Silber, Abfälle...

FREIE WELT ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT DER USPD DIE SPANNENDSTE UND BESTE ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT EXPEDITION BREITESTR. 8-9

Wasser in jed. Garten u. Haus schaffst billigst nur Köchin & Co. Berlin 68. Alte Jakobstraße 20 22.

Am 17. 4. 20 verstarb unser Genosse Bernhard Müller im Alter von 57 Jahren.

KLEINE ANZEIGEN Das Uberschriftswort 115 M., jedes weitere Wort im Text 55 Pf.; hierauf 30%, Zuschlag: Stellengesuche ohne Zuschlag

Verkaufe Gewandverleiher Deutsch. Landwehrstr. 10. Köpenicker Straße 201.

Jacketanzüge, Cut-wagen, Paläste, Rosen, Kostüme, Möbel, Chaiselongues, 120.- bis 600.-, weiße Schlafzimmer...

Kupferleitungen, Lizen, Eisenfäden, Dynamodrähte, Spulen, Kupferdrähte, Kabel, Kupferdrähte, Silberdrähte...

Felle, Kaninchen, Hasen, Ziegenmilch, Schafwolle, Kaffeebohnen, Werkzeugen und Maschinen...

Spiralbohrer, Holzschrauben, Kugellager, Fräser, Feilen, Schweißstahl, Schraubenzieher...

Elektro-Materialien, Draht, Litzen, Kabel, Motoren, Dynamodrähte, Glühlampen, Hochspannung...

Erfinder, Patentbureau, Pockeler, Gertraudenstr. 13, Zentrum 7600. Fahrräder, Fabradrummi...

Unterricht, Richtige deutsch sprechen, schreiben lehrt Er-wachsenen (auch abends) sehr erfolgreich...

Naher Bahnhof, Hohenhausen, Lohmparzell, 3699 Mark, kleine Anzahlung, Holsen, Slegitz, Treitschke...